

FÜR MEHR

SOZIALE

GERECHTIGKEIT

Nürnberger Sozialbündnis Zur Landtagswahl 2018 in Bayern

Im Oktober 2018 findet die Wahl zum Bayerischen Landtag statt. Ein politischer Zeitenwechsel ist dringend erforderlich: versteckte Armut, niedrige Tarifbindung, steigende atypische Beschäftigungsverhältnisse, Altersarmut, unbezahlbarer Wohnraum, ungelöste Probleme in Bildung und Pflege, zeigen nur einige Missstände auf. Bayern braucht eine soziale Politik. Sie schützt auch vor Spaltung und rechtsextremen Einstellungen aus der Mitte der Gesellschaft.

Wir fordern: Gute Arbeit für alle

Der Anteil atypischer Beschäftigung liegt in Nürnberg bei 38 Prozent (125.000 Männer und Frauen). Dazu zählen Befristungen, Leiharbeit und Werkverträge, geringfügige Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit und (unfreiwillige) Teilzeitarbeit. Diese Beschäftigungsverhältnisse sind oft prekär. Bayern bildet bei einer Tarifbindung von 53 Prozent aller Beschäftigten das Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer. In einzelnen Branchen werden diese Werte noch weit unterschritten: im Einzelhandel 28 Prozent und im Gastgewerbe 21 Prozent. Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifbindung verdienen deutlich weniger (9 Prozent) und arbeiten im Durchschnitt zwei Wochen pro Jahr länger als Vollzeitbeschäftigte mit Tarifbindung. Wir brauchen eine flächendeckende Tarifbindung. Helfen würde eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Auch der Freistaat kann mit öffentlichen Aufträgen an tarifgebundene Unternehmen zur Stabilisierung beitragen. Zusätzlich brauchen wir ein Tariftreuegesetz. Tariffucht ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Der Grundsatz „Gute Arbeit“ sollte auch bei internationalen Handelsabkommen eine wichtige Rolle spielen. Der Freistaat sollte ein Zeichen setzen für eine gerechte, soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft im Interesse der Menschen und bei Abstimmungen im Bundesrat sich in diesem Sinne einsetzen.

Wir fordern: Bezahlbares Wohnen

Die Wohnungsnot hat trotz der Mietpreisbremse mittlerweile große Teile Bayerns erreicht. Besonders in den Ballungszentren, den Universitäts- und Großstädten, mangelt es an (bezahlbarem) Wohnraum. Insgesamt 388.000 Wohnungen fehlen allein in Bayern. In der Stadt Nürnberg herrscht derzeit ein Mangel von 43.000 bezahlbaren Wohnungen. Steigende Mietpreise treffen insbesondere einkommensschwache Mieter*innen. So nimmt der Anteil der Haushalte, die mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für Mieten ausgeben, weiterhin zu. Die Politik steht nach der Bayerische Verfassung in der Pflicht: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“ (Art. 106) Der Wohnungsmarkt darf sich nicht selbst überlassen werden, weshalb neben der Steigerung des Wohnungsbaus auch der soziale Wohnraum mit preis- und belegungsgebundenen Wohnungen gefördert werden muss. Zusätzlich können eine Verlängerung der Bemessungszeiträume der Mietspiegel auf zehn Jahre und eine Stärkung der Genossenschaften Mieter*innen vor horrenden Preissteigerungen schützen und zu einer besseren Wohnraumsituation führen.

Wir fordern: Gute Rahmenbedingungen für Kinder und Senioren

Jede/r Siebte in Bayern ist von Armut bedroht. 141.256 Kinder unter 18 Jahren erhalten in Bayern Grundsicherungsleistungen. In Nürnberg liegt die Armutsgefährdungsquote bei 23 Prozent. Alleinerziehende Frauen tragen das höchste Armutsrisiko und benötigen deshalb ein gutes Angebot für Kinderbetreuung, sonst bleibt Ausbildung und Berufsausübung auf der Strecke. Wir brauchen eine ausreichend große Anzahl an gebührenfreien Kindertagesplätzen (ohne Mehrbelastungen für die Träger) sowie einen besseren Personalschlüssel, aber kein vom Einkommen unabhängiges unsoziales Familiengeld.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt. Pflegekräfte gibt es jedoch zu wenig oder sie fallen oftmals aufgrund unmittelbarer Folgen chronischer Überlastung und prekärer Arbeitsbedingungen aus. Im Jahr 2030 werden in Bayern in

FÜR MEHR

SOZIALE

GERECHTIGKEIT

der ambulanten Pflege ca. 14.000 Vollzeitkräfte fehlen. In der stationären Altenpflege werden es knapp 48.000 Fachkräfte sein. Die Ausbildungsanstrengungen müssen deutlich erhöht werden. Und die Arbeitsbedingungen müssen stimmen: 80 Prozent der Altenpflegeeinrichtungen sind jedoch nicht tarifgebunden und die Leiharbeit in der Pflegebranche wächst. Es braucht einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die gesamte Branche und eine verbindliche Mindestbesetzungsquote. Dies wäre ein wichtiger Beitrag von Anerkennung der Fachlichkeit von Pflegeberufen.

Wir fordern: Geschützte Freiräume für Begegnung

Die Sonn- und Feiertagsruhe ist durch die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz geschützt. Persönliche Ruhe, Besinnung, Erholung, Zerstreung aber auch kollektive Ruhe und Begegnung mit anderen Menschen geben dem Sonntag eine sozialpolitische Dimension. Das Grundprinzip vom Ruhentag werktäglicher Beschäftigung am Sonntag wird durch die Zunahme von Sonntagsarbeit und Verkaufssonntagen ausgehöhlt. Bereits jetzt arbeitet mehr als jede*r vierte Erwerbstätige in Bayern gelegentlich, regelmäßig oder ständig auch an Sonn- und Feiertagen. Die Ladenöffnung an Sonntagen ist aus gutem Grund an strenge Voraussetzungen gebunden, die auf Betreiben von kirchlich-gewerkschaftlichen Bündnissen durch Gerichte entwickelt wurden. Allen Bestrebungen, in einem bayerischen Ladenschlussgesetz diese Hürden zu umgehen, erteilen wir eine klare Absage. Ein weiteres Aufweichen führt zu einem verstärkten Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen und innerhalb des Einzelhandels auf Kosten der Beschäftigten. Menschen haben ein Recht auf Ruhe, aber kein Recht auf Sonntagshopping.

Wir fordern: Demokratiebewegung statt Rechtsruck

Die Verantwortung der Politik liegt im Lösen komplexer Probleme zum Wohle aller Menschen. Der Versuch, Grundrechte von Menschen durch gezielte Abwertung und Hetze infrage zu stellen, legt die Axt an am Grundverständnis einer friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft. Eine Verrohung der Sprache legt die Lunte für Ausgrenzung und Gewaltausübung. Rechte Strömungen und rechtsextremistische Parteien sind mitverantwortlich für eine Grenzverschiebung des Sagbaren. Im Schlepptau einer historisch belasteten „konservativen Revolution“ wird mit Sprachbildern („Asyltourismus“, „Asylgehalt“) versucht rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien Wähler*innenstimmen um den Preis eines Rechtsrucks zu entreißen. Rechtes Denken und Handeln ist gegen Demokratie und Menschenwürde gerichtet. Dies fordert uns: Demokratie ist eine Aufgabe und keine Selbstverständlichkeit. Das heißt: Mitreden, Einmischen, Gesicht zeigen für ein friedliches Zusammenleben ALLER Menschen.

Soziale Gerechtigkeit stärkt und sichert Demokratie!

- AIDS-Beratung Mittelfranken
- Alevitische Gemeinde
- Amnesty International
- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e.V. (AWO)
- attac Nürnberg
- BRK Kreisverband Nürnberg
- Behindertenrat Interessensvertretung behinderter Menschen
- Bundesverband der Migrantinnen
- Bund Naturschutz Nordbayern
- Bündnis Sozialticket
- DIDF Nürnberg
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband
- Deutscher Familienverband Bayern
- DGB Region Mittelfranken
- DGB-Jugend
- Dick & Dünn e.V. Nürnberg
- Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG
- Evang. Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

- Evang. Jugend Nürnberg (ejn)
- FMGZ e.V. Frauen & Mädchen Gesundheitszentrum Nürnberg
- Fliederlich e.V.
- Gesellschaft für bedrohte Völker
- Gewerkschaft der Polizei Nürnberg
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nürnberg
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Nürnberg
- Gostner Hoftheater
- Humanistischer Verband Deutschland-Bayern
- IG Bauen-Agrar-Umwelt Regionalbüro Franken
- IG BCE Bezirk Nürnberg
- IG Metall Nürnberg
- Junge Stimme e.V. Nürnberg
- KISS – Regionalzentrum für Selbsthilfegruppen Mfr. e.V.
- Kassandra e.V.
- Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) Nürnberg
- Katholische Betriebsseelsorge

- Kirchlich Gewerkschaftliche Initiative Bayern
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) Nürnberg
- Lilith e.V. Frauenberatung
- Mehr Demokratie Bayern
- Mädchentreff e.V. Nürnberg
- MUDRA Alternative Jugend- und Drogenhilfe e.V.
- Netzwerk Mobbing
- RAMPE e.V.
- SSV StadtSchülerInnenVertretung
- SJD – DIE FALKEN Nürnberg
- Sozialverband Deutschland Bezirk Mittelfranken (SoVD) e.V.
- Stadtmission Nürnberg e.V.
- STEP e.V.
- Straßenkreuzer e.V.
- ver.di Bezirk Mittelfranken
- ver.di Erwerbslosenausschuss
- ver.di Migrationsausschuss Mittelfranken
- VVN-BdA Nürnberg